

# LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



## „Große“ KFA-Reform wird verschoben

Seit einigen Jahren wird das Evaluierungsverfahren für ein überarbeitetes Finanzausgleichsgesetz betrieben. In der finalen Phase der Evaluierung zeigt sich, dass umfangreiche Reforminhalte nicht umgesetzt werden. Die aktuell hoch defizitäre Finanzsituation der hessischen Kommunen, die zeitgleich zu bewältigende Grundsteuerreform und die Ergebnisse des Zensus wirken in den Reformprozess und würden mit weiteren komplexen Änderungen in vielen Körperschaften zu einem intransparenten und wenig Akzeptanz findenden Ergebnis führen. Für den Hessischen Landkreistag hat sich zudem abgezeichnet, dass die wesentlichen Kernziele – deutliche Verbesserung der vertikalen Dotierung der Finanzausgleichsmasse, Verstärkung der Allg. Schlüsselzuweisungen zulasten der vorwegentnommenen Zuweisungen, Vereinfachung des Gesamtsystems – nur sehr geringen Eingang in den Reformprozess erhalten. In dem im vergangenen Dezember stattgefundenen Spitzengespräch, an dem auch Frau Präsidentin Anita Schneider und Herr Erster Vizepräsident Bernd Woide teilnahmen, wurde die Möglichkeit eines abgestuften Reformprozesses erörtert.

Aktuell zeichnet sich ab, dass man für das Finanzausgleichsjahr 2026 nur die notwendigen Anpassungen vornimmt. Das betrifft insbesondere die Höhe der Gesamtschlüsselmasse, die Aufteilung der Teilschlüsselmassen, die notwendigen Änderungen zur Auskreierung der Stadt Hanau, der Umgang mit den Zuweisungen für den Landeswohlfahrtsverband und die Abfederung der Auswirkungen aus der Grundsteuerreform. Der Evaluierungsprozess soll damit jedoch nicht beendet sein, in den kommenden Jahren soll die beim Hessischen Ministerium der Finanzen eingesetzte Arbeitsgruppe weitere Inhalte erörtern und zur Änderung vorschlagen. Für den Hessischen Landkreistag bleibt die Bereitstellung einer auskömmlichen Finanzausstattung Kernziel bei den Änderungen des Finanzausgleichsgesetz.



Sehr geehrte Leserinnen,  
sehr geehrte Leser,

die politische Lage in Hessen und im Bund ist dynamisch und herausfordernd. Sie ist geprägt von Themen wie Wirtschaft, Bildung, Migration, Innerer Sicherheit, Infrastruktur und Klimaschutz. Gleichzeitig stehen wir vor großen finanziellen Herausforderungen. Der HLT und die Landkreise in den Regionen fordern in Resolutionen eine angemessene Finanzierung für gesetzliche Aufgaben. Die kommunale Selbstverwaltung ist essenziell für die Demokratie, wird jedoch durch zunehmende gesetzliche Regelungen und unzureichende Finanzierung immer weiter ausgehöhlt. Fast 98 Prozent der kommunalen Aufgaben sind Pflichtleistungen, was den Handlungsspielraum stark einschränkt. Wenn die Kommunen nicht mehr eigenverantwortlich agieren können, gefährdet dies die Demokratie und das Vertrauen der Menschen in die Institutionen.

Anita Schneider, Präsidentin

## Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- **Haushaltsituation: Es droht erneut dreistelliges Millionendefizit im Jahr 2025**
- **Kooperationsvereinbarung „Kommunale Verwaltungsdigitalisierung“ unterzeichnet - Weiterentwicklung OZG-Stelle zur KKV**
- **Kommunalrecht-Anhörung im Innenausschuss des Landtags**

KURZ NOTIERT SEITE 03

- **Besuch Wissenschaftsminister Gremmels im Schul- und Kulturausschuss**
- **HBO-Novelle**
- **Positionspapier der KSpV – Optionsland Nr. 1 „Kommunale Jobcenter in Hessen“**

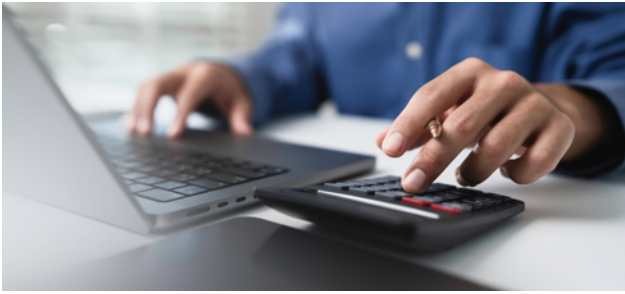
AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- **Zivilschutz**
- **Schnell eine neue Regierung bilden**

PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

## Haushaltsituation: Es droht erneut dreistelliges Millionendefizit im Jahr 2025



Die Haushaltssituation der hessischen Landkreise verbleibt auch im Jahr 2025 auf einem alarmierenden Niveau. Die Umfrage zur Haushaltsplanaufstellung für das Haushaltsjahr 2025 prognostiziert im ordentlichen Ergebnis und im Finanzhaushalt ein hessenweites Defizit von rund 500 Mio. €. Bereits das Jahr 2024 schloss

mit einem Gesamtdefizit in gleicher Größenordnung ab. Somit bestehen bei den hessischen Landkreisen zum Stichtag 31.12.2024 nur noch vereinzelt liquide Rücklagen. In den aktuellen Haushaltsgenehmigungsverfahren treffen nunmehr die gesetzlichen Anforderungen des Haushaltsausgleichs und der jährlichen Rückführungsverpflichtung von Liquiditätskrediten auf die hoch defizitären Planansätze.

Die Landkreise werden dabei erneut gezwungen sein, weitere Erhöhungen der Kreisumlagen zu veranlassen. Nach aktuellem Planungsstand steigt der kumulierte Hebesatz von Kreis- und Schulumlage um weitere 2 v. H. auf rund 55 v. H. und führt bei den in gleichem Maß belasteten kreisangehörigen Kommunen zu einer zusätzlichen Belastungen im Finanzverbund.

## Weiterentwicklung der ehemaligen OZG-Koordinierungsstelle zur Kompetenzstelle Kommunale Verwaltungsdigitalisierung (KKV) und Fortsetzung der kommunalen Digitaloffensive

Am 17.12.2024 wurde eine neue Kooperationsvereinbarung für die Jahre 2025 bis 2029 zwischen dem Land Hessen und den hessischen kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. Das Ziel der Kooperationsvereinbarung ist die Fortsetzung der Förderung der kommunalen Verwaltungsdigitalisierung durch entsprechende Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang wurde die ehemalige OZG-Koordinierungsstelle zur Kompetenzstelle Kommunale Verwaltungsdigitalisierung (KKV) umbenannt. Die KKV ist zentrale Anlaufstelle für hessische Landkreise, Städte und Gemeinden im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung. Dabei werden kommunale Anliegen und Anforderungen im Rahmen der Volldigitalisierung, der OZG-Umsetzung und des Registermodernisierungsgesetzes von der KKV aufgenommen, aufbereitet und an die entsprechenden Akteure weitergeleitet.



Um die Bedürfnisse der hessischen Kommunen auf Landesebene noch besser zu berücksichtigen, soll der Austausch zwischen der KKV und der kommunalen Ebene intensiviert werden. Darüber hinaus umfasst die Kooperationsvereinbarung die kostenfreie Bereitstellung der Digitalplattform civento. Die HLT-Gremien stehen im regelmäßigen Austausch mit den zuständigen Mitarbeitern der KKV.

## Kommunalrecht-Anhörung im Innenausschuss des Landtags



Der HLT hat zu den Änderungen im Kommunalrecht im Innenausschuss des Hessischen Landtags am 12.02.2025 mündlich Stellung genommen. Schwerpunktthemen

der Anhörung waren wie schon zuvor in den schriftlichen Stellungnahmen die Verhinderung einer weiteren Zersplitterung der Kreistage durch die Einführung des Auszählverfahrens nach d'Hondt, die Digitalisierung der Gremien und eine höhere Attraktivität der kommunalen Wahlämter.

Die Änderungen waren zuvor bei der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden als auch zuletzt am 7.11.2024 bei der Sitzung des Rechts- und Europaausschusses, bei dem Herr Staatsminister Prof. Dr. Roman Poseck als Gast zugegen war (s. Foto), erörtert worden.

## Wissenschaftsminister Gremmels diskutiert mit HLT-Schul- und Kulturausschuss

Der Hessische Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Timon Gremmels, besuchte die Frühjahrssitzung des HLT-Schul- und Kulturausschusses und diskutierte mit dem Gremium eine Reihe von wichtigen Sachthemen, u.a. Denkmalschutz, Musikschulfinanzierung und Kultur im ländlichen Raum.

Aus Sicht des Ausschusses muss das Hessische Denkmalschutzgesetz dringend mit Blick auf die Alltagsdenkmalpflege novelliert und das bisherige Einvernehmenserfordernis mit dem Landesamt für Denkmalpflege relativiert, d.h. auf Denkmäler von herausgehobener Bedeutung beschränkt werden.



*Der Hessische Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Timon Gremmels zu Besuch im HLT-Schul- und Kulturausschuss*

Eine entsprechende Vereinbarung zur Novelle des Denkmalschutzgesetzes ist auch in der in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode bereits getroffen. Diese soll, so die Einschätzung des Ministers, umgesetzt und zeitnah ein Gesetzentwurf, der eine Reihe weiterer Änderungsinhalte umfassen wird, auf den Weg gebracht werden. Der Ausschuss nahm dies ebenso positiv auf, wie die Verabredung zu einem weiteren kontinuierlichen Austausch mit der Landkreisebene.

Diese wird sich auch auf den angestrebten Systemwechsel hin zu einem Indikatorenmodell im Bereich der Musikschulfinanzierung erstrecken. Hierbei sind aus HLT-Sicht die sächlichen Unterstützungsleistungen der kommunalen Ebene stärker zu gewichten und kleine Musikschulen im ländlichen Raum insgesamt besser zu berücksichtigen.

Zum Bereich „Kultur im ländlichen“ Raum erläuterte der Minister vielfältige Initiativen und Fördermöglichkeiten seines Hauses, z.B. zum „Kultursommer“, zu den „Land-Kultur-Perlen“ und zum „Kulturkoffer“.

## Novellierung der Hessischen Bauordnung (HBO)

Eine Beschleunigung und Vereinfachung des Bauens in Hessen ist entscheidend, um den Herausforderungen des Wohnraummangels, der wirtschaftlichen Entwicklung und der nachhaltigen Stadtentwicklung gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund wurde im November 2024 ein Eckpunktepapier der beim Hessischen Wirtschaftsministerium gebildeten Kommission „Innovation im Bau“ (Baupaket I) zur Novelle der HBO veröffentlicht. Inhalte sind u.a. die Genehmigungsfreiheit bei Aufstockungsvorhaben und Dachgeschossausbauten und Fragen der Parkplatzsatzungen. In die Kommission war eine Reihe von Institutionen eingebunden. Die Kommunalen Spitzenverbände allerdings waren nicht eingeladen, obwohl die Vorschläge zur Änderung der HBO teilweise in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Dies ist bedauerlich, denn selbstverständlich hätte es insbesondere der fachlichen Expertise der kommunalen Ebene bedurft, die eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Bauordnungsrechts einnehmen. Gleichwohl beteiligt sich der HLT an der im politischen Raum begonnenen Diskussion, und wird nun die fachliche Expertise der Kreisbauämter im Rahmen der Regierungsanhörung einbeziehen. Die Landesregierung erarbeitet aktuell einen ersten Referentenentwurf.

## Positionspapier der KSpV – Optionsland Nr. 1 „Kommunale Jobcenter in Hessen“

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 sowie für die anschließenden Koalitionsverhandlungen verabschiedeten der Hessische Landkreistag und der Hessische Städtetag das Positionspapier „Optionsland Nr. 1 „Kommunale Jobcenter in Hessen“ Positionen zur Bundestagswahl 2025“. Um die Integration der Bürgergeld-Leistungsberechtigten (SGB II) nachhaltiger gestalten zu können, sind einige Bedingungen unverzichtbar. Das Papier greift wesentliche Forderungen und Visionen der KSpV der letzten Jahre auf, schärft den Blick für das Wesentliche und fasst die wichtigsten Herausforderungen und Ziele übersichtlich zusammen.

Die KSpV fordern darin unter anderem, dass das SGB II eine konstante und verlässliche Gesetzesgrundlage sein soll, die nicht ständig Änderungen erfährt. Auch müssen die jährlichen Kürzungen der finanziellen Bundes- und Landesmittel für die Arbeit der (Kommunalen) Jobcenter rückgängig gemacht werden. Dies gerade auch, um dauerhaft auf die sich schnell entwickelnden digitalen Herausforderungen innovativ reagieren zu können. Das gemeinsame Papier soll für die Länder- wie Bundesebene genutzt und entsprechend kommuniziert werden.

## DLT zum Ausbau des Zivilschutzes



Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist deutlich geworden, dass dem Zivilschutz wieder eine erheblich größere Bedeutung zukommen muss. Der DLT fordert, diesen auf neue, zeitgemäßere Grundlagen zu stellen. Vor diesem Hintergrund führte der DLT Anfang Februar 2025 eine Veranstaltung durch, an der zahlreiche Landrätinnen und Landräte aus ganz Deutschland teilgenommen haben. Parallel wurde ein Positionspapier mit dem Titel „Zivilschutz effizienter machen!“ veröffentlicht. DLT-Präsident Brötel machte deutlich: „Wir müssen vorbereitet sein. Ziel ist es, die für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit notwendige Infrastruktur im Spannungs- und Verteidigungsfall zu schützen und die zentralen militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen zusammenzuführen.“ Die aktuell veränderte sicherheitspolitische Lage erfordere gesellschaftliche Verantwortung und daran anknüpfend gemeinsame Anstrengungen aller, um dieses Ziel erreichen zu können. Benötigt werde dringend ein Zivilschutzoperationsplan. Dort müssen die notwendigen personellen, technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen definiert werden. Dazu gehöre auch, kritische Infrastrukturen besser zu schützen – von der Wasserversorgung bis hin zu rüstungsrelevanten Unternehmen.

## Deutscher Landkreistag: Schnell eine stabile Regierung bilden



Der Deutsche Landkreistag sprach sich nach der Bundestagswahl für eine zügige Regierungsbildung aus. Angesichts der dringenden Herausforderungen in der Welt, aber vor allem auch im eigenen Land könne man sich eine Hängepartie nicht leisten. Der DLT sei zuversicht-

lich, dass es gelingen könne, eine tragfähige und gute Lösung zu finden. Die Probleme müssen angegangen und gelöst werden. Eine ehrliche Bestandsaufnahme, ein gemeinsamer Blick nach vorne und dann ein kraftvoller Neustart seien das Gebot der Zeit, denn die Kommunen stünden weiterhin vor altbekannten und nach wie vor gewaltigen Herausforderungen. Die Aufgabenlast der Kommunen müsse reduziert, die Deregulierung intensiv vorangetrieben und die Migration begrenzt werden. Antworten auf die strukturellen Aufgaben und Finanzierungsfragen, aber auch eine Neuausrichtung des Sozialstaats, sowie große Aufwendungen für die Verteidigung und den Zivilschutz seien unabdingbar. DLT-Präsident Brötel sagte: „Die Aufgaben sind übergroß. Vor der Wahl haben wir einen politischen Neuanfang gefordert. Daran werden wir die Berliner Politik deshalb von nun an auch messen.“

### PERSONALIEN

- Neuer Landrat im Lahn-Dill-Kreis ist Herr Carsten Braun (CDU)
- Herr Peter Neidel (CDU) ist neuer Erster Kreisbeigeordneter im Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Der Wetteraukreis hat mit Frau Marion Götz (SPD) eine neue Kreisbeigeordnete
- Frau Angelika Beckenbach (CDU) ist neue Erste Kreisbeigeordnete im Landkreis Bergstraße
- Zum neuen Vorsitzenden der HLT-Bezirksversammlung wurde Herr Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis, gewählt
- Neue stellvertretende Vorsitzende der HLT-Bezirksversammlung Mitte ist Frau Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
- In das HLT-Präsidium gewählt wurde Herr Landrat Michael Köberle, Landkreis Limburg-Weilburg

### TERMINE

- **Gesundheitsausschuss**  
Mittwoch, 26.03.2025, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Präsidium**  
Donnerstag, 24.04.2025, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Umweltausschuss**  
Mittwoch, 07.05.2025, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**  
Dienstag, 13.05.2025, 10:00 Uhr, Wiesbaden



Hessischer  
Landkreistag

#### IMPRESSUM

**VERANTWORTLICH**  
Direktor Dr. Michael Koch  
(geschäftsführend)  
Direktor Tim Ruder

**HERAUSGEBER**  
Hessischer Landkreistag  
Frankfurter Straße 2  
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23  
E-Mail: streiner@hlt.de  
Internet: www.hlt.de

#### KOORDINATION

Lorenz Wobbe (Pressesprecher)  
Vanessa Streiner  
(Öffentlichkeitsarbeit  
und Organisation)

#### ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich  
2.500 Exemplare  
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

#### GESTALTUNG

Muhr-Partner für Kommunikation  
www.muhr-partner.com  
Obere Kirchstraße 10  
65344 Eltville am Rhein

#### BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag,  
Adobe Systems Software  
Ireland Limited